



Einwohnergemeinde-Versammlung

Datum Dienstag, 28. November 2006
Zeit 20.00 – 21.45 Uhr
Ort Restaurant Rössli, Hasli, Rümligen

Anwesend

Präsident Eduard Probst
Sekretär Beat Graf
Stimmberechtigte Total 48 (Stimmberechtigte)

Nicht stimmberechtigt - Beat Graf, Gemeindeverwalter
- Anna Dreier, Verwaltungsangestellte

Bekanntmachung

Amtsanzeiger vom 26. Oktober 2006, 02. und
23. November 2006
Info-Heft „dr Rümliger“

Stimmenzähler

- Fischer Bernhard, Oele, Rümligen
- Peter G. Augsburg, Oele, Rümligen

Der Präsident eröffnet die Versammlung mit dem Hinweis auf die erfolgte Aktenauflage und erläutert die Vorschriften betreffend Stimmrecht, Rechtsmittel und Rügepflicht.

Das Stimmregister beinhaltet am heutigen Tag 351 Stimmberechtigte, davon 172 Frauen und 179 Männer.

Die **Traktandenliste** wird vorgestellt und in der vorliegenden Form genehmigt:

1. Voranschlag 2007
 - Beratung und Beschlussfassung
 - Festsetzung der Steueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Hundetaxe
2. Wasserreglement, Teilrevision; Genehmigung
3. Schule Rümligen, Auslagerung Oberstufe; Genehmigung des Zusammenarbeitsvertrages mit Riggisberg
4. Spital Riggisberg; Auflösung Gemeindeverband
5. Schulhaus Rümligen, Sanierung Heizung; Kreditabrechnung
6. Wahlen
 - 2 Mitglieder des Gemeinderates
 - 2 Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission
7. Verschiedenes

1 08-0111 Voranschlag 2007

Gemeindepräsident **Eduard Probst** informiert über die finanzielle Lage der Gemeinde. Nachdem bereits im letzten Jahr eine Senkung der Steueranlage beschlossen werden konnte, kann der Gemeinderat erfreulicherweise auch mit diesem Voranschlag beantragen, die Steueranlage nochmals herabzusetzen, und zwar auf einen Wert von 1.79 Einheiten (bisher 1.89).

Die Erwartungen für das Jahr 2006 zeigen, dass entgegen dem geplanten Aufwandüberschuss ein Ertragsüberschuss erwirtschaftet werden könnte. Damit sollte das Eigenkapital auf rund Fr. 400'000.— ansteigen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben aber gezeigt, dass Veränderungen in einer Gemeinde dieser Grösse starke Auswirkungen haben und die Reserven dadurch schnell aufgebraucht sein können.

Benachbarte Gemeinden müssen Beiträge an die Zentrumslasten der Stadt Bern leisten. Rümligen ist davon noch nicht betroffen.

Grundsätzlich wäre es möglich, die Steueranlage in guten Jahren stark zu senken und in Jahren mit knappen finanziellen Mitteln wieder anzuheben. Der Gemeinderat möchte die Senkung der Steueranlage aber moderat vollziehen in der Hoffnung, dass diese über längere Zeit nicht wieder erhöht werden muss. Es ist durchaus möglich, dass die Steueranlage bei guten finanziellen Verhältnissen für das Jahr 2008 um einen weiteren Schritt gesenkt werden kann.

Finanzverwalter **Beat Graf** stellt den Voranschlag vor. Grundlage bildet eine Steueranlage von 1.79 Einheiten (bisher 1.89). Der Gemeinderat hat im Bereich der Grundgebühren Wasser und Abwasser Senkungen beschlossen. Im Bereich Wasser ist diese Senkung davon abhängig, ob das neue Wasserreglement genehmigt wird.

Im Bereich Spitäler kann im Jahr 2007 mit einem ausserordentlichen Ertrag gerechnet werden. Mit der Übertragung der Spitalliegenschaft an den Kanton kann die Gemeinde mit Rückerstattungen von rund Fr. 99'000.— rechnen. Nach Vornahme der Abschreibungen des noch bilanzierten Wertes bleibt ein Buchgewinn von Fr. 17'050.--, welcher einmalig im Jahr 2007 als Ertrag eingeplant ist. Weitere Erträge im Bereich des Spitals Riggisberg sind möglich, wenn der Gemeindeverband Spital Riggisberg die übrigen Aktiven auch noch veräussern kann, was absehbar ist. Die Höhe des Ertrages und der Zeitpunkt der Auszahlung an die Gemeinden sind aber unsicher, weshalb im Voranschlag 2007 kein Betrag eingeplant ist.

Im Bereich der Steuererträge erkennt man im Mehrjahresvergleich endlich eine gewisse Konstanz mit zunehmend steigenden Erträgen. Die Prognosen der Steuermehrerträge liegen auch höher als in den Vorjahren, was es der Gemeinde erlaubt, im Steuerertrag höhere Werte einzuplanen. Aufgrund der höheren Steuerkraft der Gemeinde ist im Jahr 2007 aber ein Einbruch beim Finanzausgleich von rund Fr. 60'000.— gegenüber dem Jahr 2006 zu erwarten.

Ergebnis Voranschlag 2007, Laufende Rechnung

Einnahmen	Fr.	1'236'900.—
Ausgaben	Fr.	1'256'550.—
Aufwandüberschuss	Fr.	19'650.--

Im Weiteren wird der Voranschlag der Investitionsrechnung vorgestellt. Für die geplanten Projekte sind noch entsprechende Kreditbeschlüsse zu fällen. Der Voranschlag der Investitionen wird der Gemeindeversammlung zur Kenntnis gebracht.

Diskussion

Urs Marti erläutert, dass das Eigenkapital mit einer beachtlichen Höhe von erwartungsgemäss Fr. 400'000.— hoch genug sein wird, um die Steueranlage noch mehr senken zu können. Er **beantragt**, die Steueranlage für das Jahr 2007 nicht nur auf 1.79, sondern auf 1.69 Einheiten zu senken.

Beat Graf erläutert, dass der Voranschlag 2007 bei einer Steueranlage von 1.69 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 60'500.— abschliessen würde. Die Anträge des Gemeinderates (1.79 Einheiten) und von Urs Marti (1.69) werden einander gegenüber gestellt. Der Gemeindeversammlung wird anschliessend der Voranschlag mit dem siegenden Antrag zur Schlussabstimmung vorgelegt.

Abstimmung

Antrag Gemeinderat	Steueranlage 1.79 Einheiten	grosse Mehrheit
Antrag Urs Marti	Steueranlage 1.69 Einheiten	5 Stimmen

Antrag des Gemeinderates

1. Der Voranschlag 2007 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 19'650.-- und einer Steueranlage von 1.79 sei zu genehmigen.
2. Die Liegenschaftssteuer sei auf 1.5 ‰ des amtlichen Wertes festzulegen.
3. Die Hundetaxe sei wie folgt festzulegen:

Fr.	30.--	für den ersten Hund
Fr.	50.--	für den zweiten Hund
Fr.	100.--	für jeden weiteren Hund

Beschluss

Die Gemeindeversammlung genehmigt den Voranschlag 2007 mit grosser Mehrheit gemäss Antrag des Gemeinderates.

2

12-0003

Wasserreglement, Teilrevision; Genehmigung

Ressortleiter **Peter Rothen** orientiert, dass das Wasserreglement vom 1. Januar 2000 überarbeitet wurde.

- Es soll eine wiederkehrende Löschgebühr eingeführt werden. Die Gemeinde ist erschliessungspflichtig und hat deshalb auch den Unterhalt der Wasser- und Löschwasseranlagen zu bestreiten. Ziel ist es, dass sich die Grundeigentümer, welche im Löschperimeter liegen, mit einer jährlichen Löschgebühr an den Kosten beteiligen, was bisher nicht in allen Teilen der Gemeinde geschehen ist. Insbesondere im Bereich Hermiswil wurde der Unterhalt der 80-jährigen Hydrantenanlage durch die Gemeinde ausgeführt, Gebühren konnten aber bisher keine eingezogen werden.

Bei der wiederkehrenden Löschgebühr wurde ein Gebührenrahmen von Fr. 20.— bis Fr. 50.— geschaffen. Der Gemeinderat hat die Löschgebühr für das Jahr 2007 auf Fr. 30.— pro Wohnung/Gewerbe festgelegt.

- Mit den Änderungen sollen klarere Reglementsstrukturen bezüglich der Gebührengestaltung geschaffen werden.
- Bei den einmaligen Anschluss- und Löschgebühren wird neu keine Mindestgebühr mehr geschuldet sein. Die Höhe der Gebühren berechnet sich einerseits auf die Anzahl Belastungswerte, andererseits gestützt auf die Anzahl m³ umbauter Raum. Die Ansätze der einmaligen Löschgebühren wurden gesenkt.
- Bei den wiederkehrenden Gebühren wurden generell Gebührenrahmen geschaffen und diese wurden zum Teil optimiert, in der Regel gesenkt.
- Die Wohnung wird oft als Gebühregrundlage angewendet. Der Begriff der „Wohnung“ wurde in einem neuen Artikel genau definiert.
- Die Grundgebühren für Wohnungen und für Gewerbe werden künftig gleich hoch sein.
- Im Weiteren sind einzelne Fachbegriffe an die neuen Vorgaben und Tatsachen angepasst worden.
- Das Reglement würde per 01.01.2007 in Kraft gesetzt.

Diskussion

Keine Bemerkungen

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt, das Wasserreglement zu genehmigen.

Beschluss

Die Gemeindeversammlung genehmigt mit grossem Mehr die Teilrevision des Wasserreglementes.

3

05-0200

Schule Rümligen, Auslagerung Oberstufe; Genehmigung des Zusammenarbeitsvertrages mit Riggisberg

Ressortleiterin **Ruth Voser** informiert, dass die Gemeindeversammlung am 20. Juni 2006 einen Schulmodellwechsel und die Auslagerung der Oberstufe nach Riggisberg beschlossen hat. Dem Gemeinderat wurde ausserdem der Auftrag erteilt, mit der Gemeinde Riggisberg einen entsprechenden Zusammenarbeitsvertrag auszuarbeiten, welcher nun zur Beschlussfassung vorliegt.

- **Vertragsdauer** 5 Jahre
Verlängerung jeweils um ein weiteres Jahr, wenn Vertrag nicht unter Einhaltung einer 12-monatigen Kündigungsfrist auf 31. Juli gekündigt wird.
- Kündigungsmöglichkeit bei Wechsel des **Schulmodells**
- **Schulgeld** gemäss Tarif der Erziehungsdirektion
Dieser Ansatz ist fix und bleibt unverändert, auch wenn in Riggisberg Investitionen getätigt würden. Mit der Vertragsgenehmigung entstehen jährlich gebunden Kosten, welche gestützt auf die Anzahl SchülerInnen ändern wird. Der Ansatz pro SchülerIn beträgt zur Zeit pro Jahr Fr. 3'770.--.

- Im kommenden Schuljahr werden zusätzlich zu den Sekundarschülern, voraussichtlich 8 RealschülerInnen nach Riggisberg zur Schule gehen. Diese Mehrkosten betragen im Jahr 2007 Fr. 30'160.—.
- **Einsparungen**
 - Lastenausgleich der Lehrerbesoldungen: ein Klassenanteil weniger (pro Jahr rund Fr. 12'500.—)
 - übrige Kosten anteilmässig tiefer (z.B. Lehrmittel, ...)

Netto bleibt für die Gemeinde Rümligen bei der Auslagerung der Oberstufe insgesamt ein Mehraufwand.
- **Inkrafttreten** 1. August 2007, unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung Riggisberg.

Diskussion

Willy Lüthi erkundigt sich, wer die Transportkosten nach Riggisberg zu tragen hat.

Ruth Voser berichtet von den Abklärungen beim Schulinspektor, welcher den Weg nach Riggisberg für Kinder der 7. – 9. Klasse als zumutbar einstuft. Die Kosten müssen demnach von den Eltern getragen werden.

Antrag des Gemeinderates

Der Zusammenarbeitsvertrag wird genehmigt.

Beschluss

Der Zusammenarbeitsvertrag mit der Gemeinde Riggisberg wird genehmigt.

4

02-0107

Spital Riggisberg; Auflösung Gemeindeverband

Ruth Voser erklärt die Zusammenhänge mit der Umorganisation des Spitalwesens. So werden die Spitalliegenschaften vom Kanton übernommen. Die Weiterführung des Gemeindeverbandes erübrigt sich deshalb. Der Ertrag aus der Übertragung fliesst den beteiligten Gemeinden zu. Die Gemeinde Rümligen darf einen Ertrag von rund Fr. 99'000.— erwarten. Dieser wird verwendet, um den bilanzierten Wert in der Spitalliegenschaft abzuschreiben. Der überschüssige Anteil fliesst als Ertrag in die laufende Rechnung.

In einem weiteren Schritt wird der Gemeindeverband die Aktiven noch veräussern, welche der Kanton nicht übernehmen wird. Aus dieser Veräusserung sollte den Gemeinden auch noch ein Ertrag resultieren. Der Anteil von Rümligen wird 3.98 % betragen. Die Höhe des Ertrages ist noch nicht klar.

Der Beschluss über die Auflösung des Gemeindeverbandes steht in keinem Zusammenhang mit der Weiterführung des Spitals und bedeutet nicht etwa eine Spitalschliessung. Über das bestehende und das künftige Leistungsangebot des Spitals in Riggisberg entscheidet künftig der Kanton bzw. der Verwaltungsrat der Regionalen Spitalorganisation (RSZ Bern AG), welcher das Spital Riggisberg auch angehört.

Diskussion

Peter G. Augsburger, Verwaltungsrat Spital Riggisberg und Verwaltungsrat der RSZ Bern AG, ergänzt und erklärt, weshalb die Gemeindeversammlung der Auflösung des Gemeindeverbandes Spital Riggisberg zustimmen soll. Gemäss Organisationsregle-

ment ist es Sache der beteiligten Gemeinden, die Auflösung des Gemeindeverbandes zu beschliessen. Nach der Auflösung des Gemeindeverbandes wird der neue Verwaltungsrat der RSZ Bern AG das Spital führen. Faktisch hatten die Gemeinden bereits in den letzten Jahren wenig Einfluss auf die Entscheide im Spital, da der Kanton mit der Genehmigung der Voranschläge das Sagen hatte.

Der Verwaltungsrat wird nun noch die Aktiven veräussern, insbesondere das Personalwohnhaus, die Aktien der WORL AG sowie ein Quellenrecht.

Der Verwaltungsrat hat sich auch bisher bereits stark dafür eingesetzt, dass die Akutversorgung im Spital Riggisberg gewährleistet bleibt.

Jürg Anderegg fragt, ob aus der Auflösung des Gemeindeverbandes auch wirklich ein Überschuss resultiert oder ob die Gemeinde noch Leistungen erbringen muss.

Peter G. Augsburg bestätigt, dass bei der Veräusserung der Aktiven ein Ertragsüberschuss garantiert ist und der Verband schuldenfrei ist.

Eduard Probst erwähnt, dass die Gemeinde künftig weniger Informationen zum Spital veröffentlichen wird, weil die Gemeinde keine Beteiligung und keine Entscheidungsrechte mehr haben wird.

Anträge Delegiertenversammlung:

1. Der Gemeindeverband Spital Riggisberg ist aufzulösen.
Termin: Der Gemeindeverband kann frühestens nach der Genehmigung der Betriebsrechnung 2006 des Spitals durch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion aufgelöst werden (Frühsommer 2007).
2. Für die Verteilung des Erlöses aus der Veräusserung der Aktiven ist der gleiche Verteilschlüssel (Verteiler Gesamtsanierung) anzuwenden, wie er anlässlich der Delegiertenversammlung vom 12.12.2005 für die Abgeltung des Bodens beschlossen wurde. Das Organisationsreglement (Art. 44 Beiträge der Gemeinden der letzten 5 Jahre) kann nicht zur Anwendung gebracht werden.

Antrag des Gemeinderates

Die Anträge der Delegiertenversammlung werden genehmigt.

Beschluss

Die Anträge der Delegiertenversammlung werden genehmigt.

5

05-0131

Schulhaus Rümligen, Sanierung Heizung; Kreditabrechnung

Lotti Burkhalter erläutert, dass die Gemeindeversammlung mit Beschluss vom 29. November 2005 einen Verpflichtungskredit von Fr. 31'000.— zur Installation einer Ölheizung im Schulhaus genehmigt hat. Der Kredit musste nicht voll ausgeschöpft werden.

Der in der Offerte berechnete Heizkessel konnte durch ein neu auf den Markt gekommenes Produkt ersetzt werden, das qualitativ gleichwertig aber

kostengünstiger ist. Dies führte, zusammen mit den reibungslos verlaufenden Installationsarbeiten, zu den erfreulicherweise tieferen Gesamtkosten.

Kreditabrechnung

Installation Heizung, Kesselauswechslung	Fr.	24'603.00
Elektriker, Installationen	Fr.	<u>703.45</u>
Total Investitionen	Fr.	25'306.45
Verpflichtungskredit	Fr.	<u>31'000.00</u>

Kreditunterschreitung **Fr. 5'693.55**

Die vorliegende Kreditabrechnung wird der Gemeindeversammlung zur Kenntnis gebracht.

6	01-0256	Wahlen
		- 2 Mitglieder des Gemeinderates
		- 2 Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission

Eduard Probst würdigt und verdankt die Arbeit der bisherigen Gemeinderatsmitglieder Peter Rothen und Ulrich Zimmermann mit einem Hinweis auf wichtige Eckpunkte ihrer Tätigkeit. P. Rothen war 8 Jahre Mitglied des Gemeinderates, davon 6 Jahre in der Funktion als Vizegemeindepräsident. U. Zimmermann war während 6 Jahren Mitglied des Gemeinderates. Den Funktionären wird ein Geschenk überreicht.

Ulrich Zimmermann bedankt sich und blickt auf die schöne Zeit im Gemeinderat zurück. Oft war es schwierig, Entscheide zu fällen, die allen genehm sind. Er wünscht dem Gemeinderat in neuer Zusammensetzung gutes Gelingen.

Peter Rothen beurteilt seine Zeit im Gemeinderat als intensiv und spannend. Oft war er in dieser Zeit enttäuscht von Personen der Kantonalen Stellen, welche in entscheidenden Situationen die Gemeinde nicht genügend unterstützt haben. Er erachtet es als wichtig, Vorgaben des Kantons kritisch zu hinterfragen und wo nötig den Mut aufzubringen, die Meinung der Gemeinde auch zu vertreten. Rümligen befindet sich in einer finanziell guten Situation und die Gemeinde ist konkurrenzfähig. Er dankt für die Unterstützung der Bevölkerung und bittet diese, den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung nicht mit Kleinigkeiten zu belasten.

Eduard Probst informiert über die Demission von Anna-Maria Wüthrich als Mitglied der Schulkommission. Die Nachfolge wird an der Gemeindeversammlung im Juni 2007 bestimmt. Weiter dankt er Markus Altermatt, dem bisherigen Mitglied der Rechnungsprüfungskommission, für seine kompetente Mitarbeit in den letzten Jahren. Er hat auch nach seinem Wegzug nach Bowil im Dienste der Gemeinde Rümligen weiter gearbeitet.

Wahlen

Eduard Probst erläutert den Ablauf der durchgeführten, stillen Wahlen. Das teilrevidierte Organisationsreglement ermöglicht es, stille Wahlen durchzuführen, wenn die Anzahl vorgeschlagener Personen mit der Anzahl offener Sitze übereinstimmt. Die

Anwendung der neuen Vorgaben wird es zeigen, ob diese Regelungen in der Praxis taugen. Er nennt die Namen der durch den Gemeinderat am 30. Oktober 2006 für die Zeit vom 01.01.2007 – 31.12.2008 gewählten neuen Gemeinderats- und Rechnungsprüfungskommissionsmitglieder und gibt ihnen die Möglichkeit, sich der Gemeindeversammlung vorzustellen.

Gemeinderat

- Herr **Werner Stalder**, geb. 1965, Mühlematte 177, 3128 Rümligen (neu)
- Herr **Max Leiser**, geb. 1942, Riggisbergstrasse 95, 3128 Rümligen (neu)

Die neu Gewählten stellen sich kurz vor mit dem Hinweis auf ihre berufliche Tätigkeit und ihre Herkunft.

Eduard Probst weist auf den Wechsel in der Rechnungsprüfungskommission hin und er erklärt, dass gemäss Organisationsreglement für Personen auch dann ein Wahlvorschlag einzureichen ist, wenn sich diese zur Wiederwahl stellen.

Rechnungsprüfungskommission

- Herr **Armin Weber**, geb. 1946, Oele 97, 3128 Rümligen (bisher)
- Herr **Urs Marti**, geb. 1965, Oele 148, 3128 Rümligen (neu)

Armin Weber dankt für die Unterstützung der Bevölkerung.

Urs Marti verweist auf seine bisherigen Tätigkeiten, insbesondere bei der Finanzverwaltung der Stadt Thun sowie auf die aktuelle Tätigkeit beim Bundesamt für Verteidigung, Bevölkerung und Sport (VBS), bei welchem er insbesondere für die Erarbeitung des Voranschlags und des Finanzplans tätig ist.

7

Verschiedenes

Restwasser; Gesuch Erteilung Enteignungsrecht 12-0471

Peter Rothen informiert über den aktuellen Stand. Der Grosse Rat hat das Gesuch der Einwohnergemeinde Rümligen zur Erlangung des Enteignungstitels abgelehnt. P. Rothen blickt auf die wichtigsten Punkte zurück.

- Der Entscheid ist für die Gemeinde belastend, können so nicht alle Beteiligten gleich behandelt werden.
- Der Entscheid im Grossen Rat wurde im November 2006 gefällt. Aufgrund dessen war es nicht möglich, Informationen bereits im Rümliher zu veröffentlichen.
- Der Verwaltungsgerichtsentscheid, in welchem die Gemeinde Rümligen angewiesen wurde, das gelieferte Wasser nicht verrechnen zu können, beinhaltete auch einen Ratschlag, die Wasserrechte auf dem Weg der Enteignung zu löschen.

- Mit den Beteiligten wurden in einem ersten Schritt Verhandlungen aufgenommen, ob diese bereit wären, das Recht gegen Entschädigung im Grundbuch löschen zu lassen. 4 der 12 Beteiligten waren damit einverstanden.
- Die Gemeindeversammlung hat einen entsprechenden Kredit für den Abkauf der Rechte bewilligt und den Gemeinderat damit beauftragt, das Gesuch um Erteilung des Enteignungsrechtes einzureichen.
- Gestützt auf eine Beschwerde wurde die Zuständigkeit zur Bearbeitung des Geschäftes innerhalb der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) vom Wasserwirtschaftsamt an das Rechtsamt übertragen.
- Das Rechtsamt hat das Geschäft anders beurteilt als das Wasserwirtschaftsamt, welches bisher zuständig war. Das Rechtsamt hat dem Regierungsrat einen Bericht eingereicht, welcher die Ablehnung des Gesuches empfiehlt. Die vorberatende Kommission ist der Empfehlung des Rechtsamtes gefolgt.
- Es war deshalb absehbar, dass der Enteignungstitel nicht erteilt wird. Ein Rückzug des Gesuches stand aber nicht zur Diskussion. Einerseits sind bereits Kosten angefallen, andererseits war eine verbindliche Antwort nötig, um sicher zu sein, dass dieser Weg keine Lösung bringt. Der Gemeinderat hat ausserdem den Auftrag der Gemeindeversammlung ausgeführt.
- Der Gemeinde kann im vorliegenden Verfahren kein Fehler vorgeworfen werden. Die Gemeinde wurde von den kantonalen Stellen oft auch widersprüchlich beraten, insbesondere in Bezug auf die unterschiedliche Beurteilung des Wasserwirtschaftsamtes und des Rechtsamtes der BVE.
- Das Geschäft ist in sich auch deshalb schwierig, weil anlässlich der Beratung des neuen Wassernutzungsgesetzes erwähnt wurde, dass auf die Aufnahme einer Enteignungsmöglichkeit für Gemeinden verzichtet werde, und die Berechtigung zur Enteignung im Einzelfall durch Beschluss des Grossen Rates erteilt werden könne. Im konkreten Fall wurde aber genau dieser Einzelfall nun anders beurteilt.
- Mit den beteiligten Parteien wird nun wieder Kontakt aufgenommen.
- Die noch bestehenden Rechte sind im Jahr 2010 kündbar.

Franz Prankl schlägt vor, die Kosten der Gemeinde dem Kanton in Rechnung zu stellen, weil dieser die Gemeinde in der Vorgehensweise (falsch) beraten hat.

Peter Rothen zeigt auf, dass dies zwar geprüft werden kann, der Antrag aber auf separatem Weg erfolgen muss. Die Sachlage müsste genügend erklärt und bewiesen werden, um die Kostenpflicht des Kantons daraus ableiten zu können.

Eduard Probst erwähnt, dass der Kanton gewisse Kosten, zum Beispiel für ein Gutachten, bereits getragen hat.

Peter G. Augsburg ermuntert den Gemeinderat, das Geschäft weiterzuführen.

Fritz Zahnd fragt, welche Kosten für dieses Geschäft bereits angefallen seien.

Beat Graf erklärt, dass die Gemeindeversammlung einen Kredit von Fr. 42'000.— genehmigt hat und dass davon rund Fr. 10'000.— bis 12'000.— noch nicht verwendet wurden. Anlässlich der Kreditabrechnung werden detaillierte Zahlen vorgelegt.

Feuerwehr-Kommandant 07-0603

Peter Rothen berichtet, dass Urs Knecht sein Amt als Feuerwehrkommandant per 31.12.2006 abtreten wird. Da sein Austritt frühzeitig bekannt war, konnte der Nach-

folger rechtzeitig bestimmt werden. Walter Messerli, Schindlersmatt, wird ab 01.01.2007 das Kommando der Feuerwehr übernehmen.

Hochspannungsleitung 11-0400

Willy Lüthi fragt nach dem aktuellen Bearbeitungsstand in Bezug auf die neue Hochspannungsleitung der BKW Energie AG.

Eduard Probst teilt mit, dass in diesen Tagen ein Gespräch beim Starkstrominspektorat stattfindet, bei dem er die Anliegen der Gemeinde einbringen kann. Die weiteren Schritte sind auch zeitlich noch unsicher. Das Starkstrominspektorat wird aufgefordert, die Ausführung in Form von Tunnelvarianten auch noch zu prüfen.

Öffentlicher Verkehr; Postauto-Fahrplan 07-1102

Werner Stalder informiert, dass seit einigen Tagen am Morgen um 06.38 Uhr ein neuer, zusätzlicher Buskurs von Rümligen nach Toffen führt. Der bisherige Kurs um 06.48 bleibt bestehen. Er erwähnt als Vorteil des früheren Kurses, dass im Bus und im Zug ab Toffen noch genügend Sitzplätze zur Verfügung stehen.

Willy Lüthi fragt, ob die Erstellung eines Buswartehäuschens bei der Bushaltestelle noch geprüft werde.

Eduard Probst teilt mit, dass der Gemeinderat das Geschäft aus verschiedenen Gründen sistiert hat. Eine Erstellung zu einem späteren Zeitpunkt ist nicht ausgeschlossen.

Zum Schluss bedankt sich der Gemeindepräsident bei allen, welche für die Gemeinde tätig sind und wünscht alles Gute für das nächste Jahr.

EINWOHNERGEMEINDE RÜMLIGEN
Der Präsident Der Sekretär

Eduard Probst Beat Graf